

Chronologie der Auseinandersetzungen um Stadthaus und Stadthöfe

Am 12. November 2009 verkaufte der damalige Senat unter Bürgermeister Ole von Beust den Gebäudekomplex zwischen Stadthausbrücke und Neuer Wall zum Schnäppchenpreis von 54 Millionen Euro an die Investmentfirma Quantum AG. Als Gegenleistung für diese Privatisierung des Gedenkens verpflichtete sich der Investor im Kaufvertrag, in Abstimmung mit dem Denkmalschutzamt und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, einen angemessenen Gedenk- und Lernort auf seine Kosten zu errichten und den dauerhaften Betrieb sicherzustellen. Dieses „Erbe“ übernahm der SPD-geführte Senat 2011. Er hätte jetzt die Chance gehabt, sich für ein angemessenes und würdiges Gedenken in den Stadthöfen einzusetzen. Ein Angebot der Käuferfirma, sich mit 1 Million Euro von der im Kaufvertrag eingegangenen Verpflichtung freizukaufen, wurde jedoch abgelehnt.

Nach dem Auszug der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt im Jahre 2013 nahm der Investor Quantum das 250 Millionen teure Projekt in Angriff, um auf insgesamt 100 000 Quadratmetern unter dem Namen „Stadthöfe“ nach dem Vorbild der Hackeschen Höfe in Berlin einen Mix aus Wohnungen, Läden, Büros und Restaurants zur errichten. Im November 2013 wurde bei einer gemeinsamen Begehung von Vertreter*innen des Käufers, der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und des Denkmalschutzamtes ein erstes Konzept für einen Erinnerungsort in den Stadthöfen abgestimmt. Dabei wurden Räume im Haus Stadthausbrücke 8a festgelegt, von denen ein Zugang zur Brückenarkade und zum Seufzergang möglich ist. Die vom Eigentümer eingereichten Bauanträge beziffern die Bruttogrundfläche mit einer anteiligen Einbeziehung der Brückenarkade auf insgesamt ca. 760 qm, davon 530 qm im Obergeschoss und 230 qm im Untergeschoss. Das Untergeschoss ist in erster Linie für Technik, Toiletten, Lager und weitere Nebenräume vorgesehen und damit für Ausstellungszwecke nicht geeignet. Ohne Einbeziehung der Brückenarkade und nach Abzug aller Verkehrsflächen (z. B. Treppen, Fahrstuhl) bleiben ca. 330 qm Netto-Geschossfläche für Ausstellungszwecke übrig. Im Vergleich mit ähnlichen Gedenkorten in anderen Städten Deutschlands ist dieses bereits ausgesprochen bescheiden. Allen Beteiligten müsste eigentlich zu diesem Zeitpunkt schon klar gewesen sein, dass der Anspruch, dort einen würdigen und angemessenen Gedenk-, Informations- und Lernort zu errichten, schon auf dieser kleinen Fläche kaum zu realisieren ist.

Möglicherweise im Vertrauen auf die Vertragstreue des Investors und im Vertrauen auf die Kontrolle durch den rot-grünen Senat, interessierte sich zunächst kaum jemand für den zukünftigen Gedenkort in den im Werden begriffenen Stadthöfen. Die CDU erkundigte sich zwar in einer kleinen Anfrage im Juli 2014 nach dem Stand der Planungen, doch weder die Kulturbehörde, noch das Denkmalschutzamt oder die KZ-Gedenkstätte Neuengamme hielten es für notwendig, die Geschichtswerkstätten, die Opferverbände oder die entsprechenden Initiativen zu informieren oder gar in die Planungen mit einzubeziehen.

Erst im Februar 2017 schrieb der Verein der Geschichtswerkstätten einen Brief an den neuen Kultursenator Brosda und wies ihn auf die Dringlichkeit hin, ein Konzept für das Stadthaus zu entwickeln. Im April fand dann ein Treffen zwischen Vertreter*innen der Geschichtswerkstätten, der Kulturbehörde und Quantum statt, auf dem von den Geschichtswerkstätten ein erster Konzeptentwurf vorgelegt wurde. Damals hieß es jedoch, dass noch keine Festlegungen getroffen werden könnten, da Quantum sich noch nicht entschieden habe. Eine Trägerschaft der KZ-Gedenkstätte Neuengamme wurde von den Verantwortlichen der Kulturbehörde abgelehnt, da dieses zusätzliche Personalkosten bedeutet hätte. Im Juni 2017 schrieb Kulturstaatssekretärin Frau Dr. Busse an den Verein der Geschichtswerkstätten, dass Quantum eine kommerzielle Lösung mit einer Eimsbütteler Buchhändlerin favorisiere. Damit war für die Kulturbehörde eine weitere Suche nach alternativen Lösungen offensichtlich nicht mehr nötig und die Geschichtswerkstätten aus der konzeptionellen Planung entlassen. Folglich wurden auch die Opferverbände und Initiativen weiterhin nicht in Beratungs- oder Entscheidungsprozesse einbezogen.

Im Herbst 2017 fiel dann die Entscheidung für die Eimsbütteler Buchhändlerin Stephanie Krawehl, die auf drei Viertel der für die Gedenkstätte vorgesehenen Fläche eine Buchhandlung und ein Café eröffnen und dadurch die Betreuung des Gedenkortes nebenbei mit erledigen sollte. Nun wurde deutlich, dass sowohl Quantum als auch die Stadt sich aus ihrer Verantwortung stehlen und diese an eine Buchhändlerin delegieren wollten, die verständlicherweise in erster Linie an ihrem wirtschaftlichen Erfolg interessiert ist, zumal sie die Räumlichkeiten praktisch mietfrei nutzen kann. Zur Privatisierung kam nun noch die Kommerzialisierung des Gedenkens hinzu. Aus der Sicht von Quantum und der Kulturbehörde ist dieses eine äußerst kos-

tengünstige Lösung, da kein zusätzliches Personal benötigt wird und die Verantwortung für den laufenden Betrieb des Gedenkortes bei der Buchhändlerin liegt. Eventuell benötigtes Personal muss die Buchhändlerin selbst rekrutieren, einstellen und bezahlen. Außerdem entspricht dieses Konzept den kommerziellen Intentionen des Investors und die verbleibende Mini-Fläche stört das auf Konsum und Kommerz ausgerichtete Gesamtbild der Stadthöfe nur unwesentlich.

Diese Entscheidung bedeutet jedoch, dass von der ursprünglich für die Gedenkstätte vorgesehenen Nettofläche von 330 qm nur noch ca. 70 qm für die Gedenkstätte übrig bleiben. (Eigentlich sind es nur 50 qm, denn die Fläche hinter den Schaufenstern ist kaum nutzbar, sie ist durch eine kleine Mauer und eine Stufe von der restlichen Fläche abgetrennt und nicht betretbar.) Diese „Lösung“ widerspricht dem 2009 abgeschlossenen Kaufvertrag in eklatanter Weise, denn auf dieser verbleibenden Fläche lässt sich kein angemessener Gedenk-, Informations- und Lernort errichten. Dieses sieht der Hamburger Senat jedoch nicht so. In den Antworten auf mehrere kleine Senatsanfragen wurde darauf verwiesen, dass die Firma Quantum mit der von ihr gefundenen Lösung ihren Verpflichtungen aus dem Kaufvertrag in vollem Umfang nachkomme.

Nach der Entscheidung für die Buchhändlerin hat die KZ-Gedenkstätte Neuengamme alles vorhandene Material zum Komplex „Stadthaus“ an die Quantum Immobilien AG gegeben, die wiederum die Ausstellungsagentur "Missal, Gies & Partner" damit beauftragt hat, eine Ausstellung zu erstellen. Grundlage dafür soll das Material sein, das 2012 in der Rathausdiele unter dem Titel „Dokumentation Stadthaus – Die Hamburger Polizei im Nationalsozialismus“ gezeigt wurde.

Als diese Entwicklung im Herbst 2017 absehbar war, hat sich aus dem Kreis der Hamburger Geschichtswerkstätten heraus der „Förderkreis Gedenkstätte und Lernort Stadthaus“ konstituiert, der zur Einrichtung eines seiner Bedeutung angemessenen Gedenkortes beitragen möchte. Dazu gehören die umfassende Darstellung der Nutzung dieses Gebäudekomplexes, vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und NS-Zeit bis in die Nachkriegszeit hinein und die Darstellung der gesamten Bandbreite des polizeilichen und des staatlichen Terrors an diesem Ort und über Hamburg hinaus. Außerdem fehlt in Hamburg immer noch eine Gesamtschau des Widerstandes gegen das NS-Regime. In Zusammenarbeit mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, städtischen Institutionen und den Verfolgtenverbänden, sollte dieser Ort aber auch eine lebendige Stätte der Kommunikation und des Lernens sein, in dem die Betreuung von Besucher*innen und Gruppen aus dem In- und Ausland sowie von Schulklassen und Projektgruppen ermöglicht wird. Hierzu gehört auch die Durchführung von Veranstaltungen und Seminaren zum Themenkomplex Verfolgung und Widerstand während der Naziherrschaft. Ein solcher Gedenk-, Informations- und Lernort muss also in der Lage sein, verschiedenen Zielgruppen gerecht zu werden. Dazu gehören die Nachkommen der Opfer und des Widerstandes, historisch oder wissenschaftlich besonders Interessierte und auch Zufallsbesucher*innen. Dass diese komplexen Anforderungen auf 70 qm und in direkter räumlicher Gemeinsamkeit mit der Buchhandlung und dem Café nicht realisierbar sind, war allen Vertreter*innen von Verfolgtenverbänden und Initiativen klar, die sich auf Einladung des Förderkreises am 30. November 2017 das erste Mal trafen.

Aus diesem Kreis heraus bildete sich im Januar 2018 die "Initiative Gedenkort Stadthaus", als breites Bündnis von Geschichtswerkstätten, Verfolgtenverbänden, Initiativen und Einzelpersonen. Auch der Förderkreis ist ein Teil dieser Initiative. Deren Aktivitäten fanden dann ein überraschend breites Medienecho, bis hin zum Guardian aus London und zur größten brasilianischen Tageszeitung Folha de S.Paulo. Eine Pressekonferenz am 25. Januar 2018 und eine Kundgebung vor dem Stadthaus am 30. Januar mit ca. 300 Teilnehmer*innen brachten weitere öffentliche Aufmerksamkeit. Seit Februar findet außerdem an jedem Freitag von 17:00 Uhr bis 18:00 eine Mahnwache vor dem Turmhaus an der Ecke Stadthausbrücke und Neuer Wall statt.

Zu dem breiten Medienecho hat allerdings auch das geschichtsvergessene und geschmacklose Marketing der Firma Quantum beigetragen. Dazu gehören der schmiedeeiserne Schriftzug „Bienvenue, moin moin Stadthöfe“ direkt neben der Gedenktafel der ÖTV, der in seiner Gestaltung sehr an die „Arbeit macht frei“-Eingänge der Konzentrationslager erinnert und das „Kopp hoch, chérie“ auf den Oberlichtern der Kellerräume, in denen die Gefangenen eingesperrt waren. Auf Grund des öffentlichen Drucks wurden beide Schriftzüge dann von Quantum entfernt. Später kam jedoch noch das Hotel „Tortue“ dazu, dessen Name doch sehr an das französische Wort für Folter, „torture“, erinnert.

Aufgeschreckt durch die öffentlichkeitswirksamen Aktionen und das breite Presseecho lud dann die Kulturbehörde Vertreter*innen von Verfolgtenverbänden, Initiativen und Geschichtswerkstätten zu einem ersten Treffen am 22. Februar 2018 ein, mit dem Ziel, dort einen "Beirat" zu gründen und wohl auch mit der Absicht, den Protest aus der Öffentlichkeit herauszuhalten. Dieser "Beirat" konstituierte sich am 28. März. Er besteht aus 5 Vertreter*innen wissenschaftlicher Institute und 5 Vertreter*innen von Verfolgtenverbänden und Initiativen. Geleitet und begleitet wird er auch von drei Vertreter*innen der Kulturbehörde.

Auf der ersten konstituierenden Sitzung wurde dem „Beirat“ deutlich signalisiert, dass am Konzept von Quantum und Kulturbehörde nicht zu rütteln sei. Seine Aufgabe bestehe darin, Vorschläge auf der Grundlage der vorgegebenen räumlichen und konzeptionellen Gegebenheiten zu machen. Bei dieser ersten Beiratssitzung waren sowohl Frau Krawehl als auch Frau Lucas, die Projektentwicklerin der Firma Quantum, anwesend. Beide schwärmten von einem „Dreiklang“ aus Buchhandlung, Café und Geschichtsort und einer flexiblen Raumgestaltung, wodurch ein „zeitgemäßes“ Gedenken ermöglicht werde. Für diese Lösung spreche außerdem, dass auch Menschen angesprochen würden, die nur zufällig vorbeikommen. Außerdem gewährleiste sie lange Öffnungszeiten, bis in den Abend hinein. Fast allen Beiratsmitgliedern war jedoch klar, dass diese Vorteile die Nachteile dieser Lösung nicht aufwiegen können, dass diese Billig-Lösung der Bedeutung dieses Ortes in überhaupt keinem Maße gerecht wird.

Am 2. Mai 2018 eröffneten dann die Buchhandlung „Lesesaal“ und der mit einer provisorischen Ausstellung versehene und inzwischen so genannte „Geschichtsort“. Diese nicht mit dem Beirat abgestimmte Bezeichnung ist inhaltsleer und nichtssagend, entspricht aber wohl dem Bestreben, die Konsumatmosphäre der Stadthöfe möglichst wenig zu stören. Ebenfalls am 2. Mai fand aber auch eine weitere Kundgebung der „Initiative Gedenkort Stadthaus“ statt, ebenfalls mit etwa 300 Teilnehmer*innen. Auf der Kundgebung sprachen: Ester Bejerano, Vorsitzende des Ausschwitzkomitees und Ehrenpräsidentin der VVN-BdA, Wolfgang Kopitzsch, Bunesvorsitzender des Arbeitskreises ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten (AvS), Ruth Barriff aus Großbritannien, Tochter von Werner Stender, Martine Letterie aus den Niederlanden, Amicale Internationale KZ Neuengamme, Magda Wajsen aus Polen, deren Großvater von der Gestapo nach Neuengamme verschleppt wurde und Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). Darüber hinaus wurde aus den Erinnerungen der Widerstandskämpferin Lucie Suhling und aus den Erinnerungen Werner Stenders an das Stadthaus vorgelesen. In all diesen Beiträgen wurde immer wieder das Entsetzen über den „Geschichtsort“ neben Buchhandlung und Café zu Ausdruck gebracht und das Unverständnis über den Umgang der Stadt Hamburg mit ihrem historischen Erbe an diesem Ort.

Im Juni fordern 20 Historikerinnen und Historiker aus der ganzen Bundesrepublik in einen Offenen Brief an Bürgermeister Tschentscher einen angemessenen und würdigen Gedenkort in Hamburg und kritisieren die jetzige Lösung als nicht dem Kaufvertrag zwischen der Stadt Hamburg und Quantum entsprechend. Dieser Brief wurde erst veröffentlicht, nachdem der Bürgermeister zwei Wochen Zeit hatte, darauf zu reagieren. Er hat es bis heute nicht getan.

Die Beiratssitzungen waren immer wieder durch Grundsatzdiskussionen geprägt, denn die Beiratsmitglieder waren nicht bereit, sich an die einschränkenden Vorgaben der Kulturbehörde zu halten. Mehrfach wurde versucht, den Behördenvertreter*innen durch Vorlage von Konzepten deutlich zu machen, dass die von der BKM und Quantum vertretene Lösung völlig unzureichend ist. Es wurde aber auch die Idee geboren, eine künstlerische Installation als "Großen Stolperstein" vor dem Geschichtsort aufzustellen und dazu eine Ausschreibung und einen Wettbewerb zu organisieren. Die Bürgerschaft stellte hierfür im Herbst 250.000 Euro zur Verfügung. Die Künstlergruppe „How to Monument“ hatte bereits im September in einer subversiven Aktion eine große Vitrine mit der Aufschrift „Gestapo“ vor dem „Geschichtsort“ aufgestellt. Nach zwei Tagen ließ Quantum die Vitrine dann allerdings beseitigen. Aus dem Beirat kommt der Vorschlag, diese Vitrine als Interims-Kunstwerk wieder aufzustellen.

Eine weitere Forderung aus dem Beirat ist die nach einem angemessenen Lernort im zukünftigen Görtz'schen Palais. Von diesem steht bisher nur die Fassade, das Gebäude insgesamt soll Anfang 2020 fertig gestellt sein. Schon im Mai hatte der Beirat auf seiner dritten Sitzung diesen Vorschlag gemacht und die Kulturbehörde aufgefordert, darüber ein Spitzengespräch zwischen Kultursenator Brosda und der Geschäftsführung von Quantum mit Beteiligung des Beirates zu organisieren. Diese Forderung wurde nicht erfüllt. Erst im November gab es ein solches Spitzengespräch, allerdings ohne Beiratsbeteiligung. Herausge-

kommen ist dabei das „Zugeständnis“ von Quantum, bei Bedarf einen freien Raum für Schulklassen zur Verfügung zu stellen, wenn eine rechtzeitige Anmeldung erfolgt.

Um den Forderungen aus dem Beirat und den verschiedenen Organisationen Nachdruck zu verleihen, organisierte der Verband der Geschichtswerkstätten in Hamburg im November eine Tagung zum Thema „Stadthaus“. Hier wurde auch das erste Mal vom Vertreter der Grünen bekannt gegeben, dass die beiden Regierungsfractionen eine wissenschaftliche Stelle neu schaffen wollen. Sie soll bei der KZ-Gedenkstätte Neugamme eingerichtet werden, sich mit der NS-Geschichte befassen und didaktische Konzepte erarbeiten. An der grundlegenden Problematik ändert sie allerdings nichts.

Bei der öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses am 4. Dezember wurde deutlich, dass ein Bewusstsein für die historische Bedeutung dieses Ortes nur bei der Partei „Die Linke“ vorhanden ist. Die CDU verteidigt die Privatisierung des Gedenkens unter Ole von Beust, SPD und Grüne lassen sich nur durch öffentlichen Druck zu kleinen Zugeständnissen bewegen. Sie sind immer noch nicht bereit, sich ihrer historischen Verantwortung zu stellen und gehen jedem Konflikt mit den Eigentümern der Stadthöfe aus dem Weg.

Die „Initiative Gedenkort Stadthaus“ versucht, den öffentlichen Druck aufrecht zu erhalten. Am 8. November gab es eine weitere öffentliche Kundgebung, für den 30. Januar 2019 ist die nächste geplant. Die Mahnwachen werden weiterhin durchgeführt.

Le, Stand 13.12.2018